



Kandidat Kubel (r.)
„Endlich ist die Kuh vom Eis“

PARTEIEN

SPD-NIEDERSACHSEN

My fair Daddy

Letzten Winter lief er auf seinen Brettern dreimal 20 Kilometer durch den Harz und bekam dafür das „Goldene Ski-Leistungsabzeichen“ des Deutschen Skiverbandes.

Letzten Montag wurde der niedersächsische Finanzminister Alfred Kubel, 60, auch für die Ausdauer auf der politischen Piste belohnt: Der SPD-Landesausschuß wählte ihn bei nur einer Enthaltung zum Kandidaten für das Amt des Regierungschefs.

So machte das sozialdemokratische Führungsgremium dem seit einem Jahr anhaltenden „Gemauschel und Gemäre“ (Niedersachsens SPD-Chef Egon Franke) ein Ende, wer Nachfolger des seit Ende 1961 amtierenden Ministerpräsidenten Dr. Georg („Schorse“) Diederichs, 69, werden soll. SPD-Fraktionschef Helmut Kasimier, der sich als „Kubel-Macher“ bezeichnet: „Endlich ist die Kuh vom Eis.“

Den Genossen konnte es nur recht sein. Denn der gelernte Apotheker und Diplom-Volkswirt Diederichs kam zwar bei Umfragen nach den bekanntesten Politikern im Lande auf immer höhere Punktzahlen, doch daß der umgängliche Herr ein Sozialdemokrat war, blieb vielen Niedersachsen offenbar verborgen: Nach knapp sechs Jahren Diederichs-Regierung konnte sich die SPD bei den Landtagswahlen 1967 nur mit Mühe als stärkste Partei behaupten, und bei den Kommunalwahlen im vergangenen Jahr bekam sie zum erstenmal weniger Ratssitze als die CDU. Doch Diederichs, auch „My fair Daddy“ genannt, blieb standhaft: „Ich mache bis 1971. Es kann mich keiner schicken.“

Daß nun freilich Kubel, den der verstorbene SPD-Vize Fritz Erler einst

als „politische Mehrzweckwaffe“ seiner Partei gerühmt hatte, die Nachfolge antreten würde, war bis zuletzt ungewiß gewesen. In „realer Einschätzung meiner physischen und geistigen Möglichkeiten“ hatte Kubel selber noch vor Jahresfrist erklärt, daß er nach den Landtagswahlen 1971 kein Regierungsamt mehr ausüben wolle.

Nun beugte er sich doch den „drängenden Bitten und rührenden Erklärungen“ (Kubel) seiner Freunde, zumal er sich auch „viel gesünder“ als vor einem Jahr fühlte.

Seine Gesundheit ist dem Frühaufsteher (sechs Uhr) Kubel nach der Politik das Wichtigste: Er rodet Bäume, angelt Forellen, Karpfen und Hechte und absolviert jeden Morgen mehrere Bahnen im Schwimmbad.

Einst radelte er auch — 1933, als Kubel, Mitglied im Internationalen Sozialistischen Kampfbund, vor der NS-Hilfspolizei aus seiner Heimatstadt Braunschweig nach Berlin entkam, wo er als „Ernst Konrad“ in politischen Untergrund tauchte. Wegen Vorbereitung zum Hochverrat wurde der Jungsozialist 1938 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt und als wehrunwürdig eingestuft.

Nach dem Kriege ernannte ihn die britische Militärregierung zum Ministerpräsidenten des Landes Braunschweig, und Niedersachsens erster Landesvater, Hinrich Wilhelm Kopf, holte ihn als Minister nach Hannover. Minister in insgesamt vier Ressorts ist er seither — mit einer zweijährigen Zwangspause während der Bürger-Koalition unter Heinrich Hellwege — geblieben.

Die Devise des konfessionslosen Kubel, der nicht raucht, kaum Alkohol trinkt und in Niedersachsen keine Spielbanken dulden will: „Politik ist die Kunst des Möglichen, also muß das Mögliche gemacht werden.“

Und möglich war dem oft verletzend kühlen ehemaligen Mittelschüler manches: Als Wirtschaftsminister gründete er 1947 die Hannover-Messe, heute größte Industrieschau der Welt. Als Landwirtschaftsminister warf er 1959 die Antrittsrede, die ihm seine Beamten aufgesetzt hatten, in den Papierkorb („Ich verstand die nicht“), brachte Domänen-Land in Bauernhand („Ich bin kein Museumsdirektor“) und setzte den Stufeninvestitionsplan durch, der niedersächsische Höfe wieder rentabel machte. Als Finanzminister focht er zuletzt gegen das „Besitzstandsdenken“ steuerstarker Bundesländer.

Auch als Ministerpräsident will das siebenfache Aufsichtsrats-Mitglied Kubel, das sich durch seine „wirtschaftliche Tätigkeit geprägt“ sieht, praktische und pragmatische Politik

machen: modernes Management „statt landesväterliches Denken, das ich für völlig überholt halte“. Die Arbeit im Kabinett soll „systematisiert“, in der Regierung soll, anders als in der Ära Diederichs, wieder regiert und das heißt: von Kubel entschieden werden.

So soll auch nicht mehr die SPD-Zentrale in Hannovers Odeonstraße bestimmen, wer Minister in Niedersachsen wird, sondern, so Kubel: „Die wird der Ministerpräsident ernennen.“

Ob der kalkulierte Elan, mit dem er auf das Amt des Landes-Chefs lossteuert, andere vor den Kopf stößt oder nicht, ist dem Verstandesmenschen Kubel — wie bisher stets — gleichgültig: „Die Frage, ob ich beliebt bin, habe ich mir nie gestellt. Dieses Wort paßt nicht in mein Vokabular.“

KIRCHE

STEUER

Ein Weg geöffnet

Im Kampf um die Kirchensteuer ist ein greiser „Soldat Christi“ (kirchlicher Ehrentitel jedes Jesuiten), kampferprobt und ruhmbedeckt, aus der Front der Frommen ausgebrochen. Der Jesuit Professor Oswald von Nell-Breuning, 79, bringt die Kirchenkassen in Gefahr: Jeder Christ soll glauben dürfen, ohne zahlen zu müssen.

Der Frankfurter Gelehrte will ein Junktim aufheben, das die deutschen Christen zum Zahlen zwingt. Nur wer dem Staat gegenüber den Austritt aus der Kirche erklärt, wird von der Zahlung der Kirchensteuer befreit. Nell-Breuning aber verlangt im November-Heft der Jesuiten-Zeitschrift „Stimmen der Zeit“, der Staat müsse jedem Christen „einen Weg offenhalten, sich dem staatlichen Zwang zur Steuerzahlung an die Kirche zu entziehen, ohne daß er deswegen dem Staat gegenüber eine Erklärung abzugeben braucht... er habe mit seiner Kirche gebrochen“.

Das hat bislang noch kein anderer katholischer Theologe von Rang gefordert. Für Nell-Breuning ist es nicht



Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt
Der stille Teilhaber

Batterie-Tester



In jedem Winter kommt
die frostige Stunde der Wahrheit
für jede Batterie.
Was gut ist, startet ohne zögern.
Was nicht gut ist – eben nicht.
Ein objektiver Leistungstest.
Wohl dem, der eine DETA
unter der Haube hat.
Die startfreudige
und winterfeste Batterie.



DETA
Akkumulatorenwerk GMBH 3422 Bad Lauterberg im Harz

der erste Vorstoß ins Niemandsland. Mut zur eigenen Meinung und zum Widerspruch gegen vorherrschende Ansichten hat der geistliche Gelehrte sein Leben lang bewiesen. In der NS-Zeit saß er mehrere Jahre im Zuchthaus. Als einer der ersten katholischen Theologen bemühte er sich, seine Kirche und die Sozialdemokraten einander näherzubringen. Der Einheits-Gewerkschaft, die er früh verfocht, wurde er ein kritischer Förderer. In Frankfurt lehrte er jahrelang zugleich an der Hochschule seines Ordens, an der Akademie der Arbeit und an der Universität.

Im Steuer-Streit, dem sich Deutschlands prominentester Sozial-Jesuit bislang fernhielt, verlaufen die Fronten klarer, als es die öffentliche Diskussion vermuten läßt.

Seit vielen Monaten sichern sich Bischöfe und andere Kirchen-Sprecher Schlagzeilen mit Vorschlägen, die Steuer zu senken. Das Thema ist populär, denn noch nie waren die Kirchen-kassen so gefüllt. An Kirchensteuer nehmen die katholische und die evangelische Kirche viereinhalbmal soviel ein wie vor 14 Jahren. Insgesamt waren es 1968 mehr als drei Milliarden Mark.

Wenn Kirchenoberen allerdings von Steuersenkung reden, dann geht es ihnen fast immer nur darum, die Hebesätze einander anzugleichen. Bislang werden in einigen Bundesländern acht, in den meisten zehn Prozent der Lohn- oder Einkommensteuer kassiert. Der Trend ist neuerdings, auf einen Einheitssatz von acht Prozent zu kommen.

Die Gegner des Kirchensteuer-Systems wollen aber weit mehr ändern als nur die Prozentsätze. Ihnen geht es darum, das Staats-Inkasso zu beseitigen. Doch wo immer sie es mit Klagen und Prozessen versuchen, stellen sich ihnen die Kirchen entgegen.

Der Kampf um die Kirchensteuer ist weithin zu einem Rechtsstreit geworden. Auch der Theologe und Volkswirtschaftler Nell-Breuning führt nur rechtliche Gründe ins Feld. Die wichtigsten sind:

Allein die Kirche habe das Recht, „darüber zu befinden, wer zu ihr gehört und wer nicht“. Es könne nicht Sache des Staates sein, „nach der inneren Glaubensüberzeugung oder Zugehörigkeit zum Bekenntnis einer Kirche zu fragen“. Deshalb dürfe er auch nicht Erklärungen über den Austritt aus der Kirche entgegennehmen, für die allein die jeweilige Religionsgemeinschaft zuständig sei: „Man kann ja auch aus dem Staatsverband nicht ausscheiden durch eine an kirchlicher Amtsstelle abgegebene ‚Austrittserklärung‘!“

Nell-Breuning schlägt eine Lösung vor, die äußerlich scheinbar wenig ändert: Der Staat soll weiter kassieren dürfen, aber erst dann, wenn er festgestellt hat, „daß der von der Kirche als steuerpflichtig in Anspruch Genommene der staatlichen Mitwirkung zur Einziehung und gegebenenfalls Beitreibung der Kirchensteuer nicht widerspricht“. Werde kein Wider-



Jesuit von Nell-Breuning
Glauben ohne zu zahlen

spruch erhoben, könne dies als „formlose Einwilligung“ gewertet werden.

Wie umstürzend sich das Vetorecht des einzelnen Kirchensteuer-Zahlers auswirken könnte, deutet Nell-Breuning nicht einmal an. Es wäre all denen geholfen, die mehr aus Trägheit und Tradition als aus Glaubens-Gründen in der Kirche bleiben und gleichwohl die Steuer sparen wollen: Sie müßten nicht mehr des Geldes wegen die Kirche verlassen und brauchten nicht mehr zu fürchten, sich dann auf Fragebögen und auf Fragen von frommen Nachbarn als konfessionslos bezeichnen zu müssen. Wenn fortan jemand die Kirchensteuer verweigerte, bliebe es sein und des Finanzamtes Geheimnis.

WOHNEN

FERNWÄRME

Konto gesperrt

Hundert Reihenhausesitzer in Hamburg-Volksdorf sperrten ihrem Fernwärme-Lieferanten „Favorit“ (Esso) ihre Konten und reduzierten das monatliche Heizgeld um 30 bis 40 Prozent. Begründung der Hauseigentümer: „Überhöhte Preisforderungen und monopolartiges Verhalten.“

Wie in der Volksdorfer Eigenheimsiedlung Stüffeling und Henseweg mucken Mieter und Eigenheimbesitzer immer häufiger gegen Deutschlands 1500 Fernwärme-Unternehmen auf. In Notgemeinschaften wehren sie sich gegen die nach ihrer Meinung viel zu hohen Profite der Fernheizer.

Verbittert sind die Wärmekonsumenten vor allem über die willkürlich festgesetzten Grundpreise. Für 100 Quadratmeter Wohnfläche in Hamburg-Lohbrügge wird zum Beispiel ein Grundpreis von jährlich 162 Mark erhoben, in Hamburg-Bergstedt kostet die gleiche Fläche bis zu 384 Mark.

Um die fragwürdigen Kalkulationen der Heizer zu durchleuchten, setzte die